

Zur Lage der Christen im arabischen Nahen Osten

Martin Beck

Am 21. Oktober 2012 starben im christlich geprägten Viertel Bab Touma in Damaskus zehn Menschen durch eine Autobombe; viele weitere wurden verletzt.

Analyse

Christen im Nahen Osten sind seit Jahren Opfer der Gewalt islamistischer Extremisten. Die Gewalttaten tragen häufig amorphem, erratischen Charakter. So exzessiv sie teilweise sind, so wenig taugt das Bild einer systematischen, religiös oder religionspolitisch fundierten „Christenverfolgung“.

- Insbesondere in politischen Umbruchsituationen sind Christen zu Zielscheiben von Gewalt geworden. Dabei dienten sie Anhängern der (ehemaligen) Opposition als Sündenböcke der Politiken gescheiterter autoritärer Staaten.
- Religionsfreiheit beschränkt sich im Nahen Osten auf das Recht der freien Religionsausübung; jedoch wird auch dieses Recht in arabischen Ländern ohne eine starke Tradition autochthoner Christen häufig beschnitten. Oft übersehen wird hierbei allerdings, dass die nahöstlichen Systeme die orientalischen Kirchen privilegieren, weshalb diese die Grenzen der Religionsfreiheit weitgehend akzeptieren.
- Der Libanon, dessen politisches System stark von Christen geprägt ist, besitzt aufgrund seiner demokratischen Defizite nur geringe Ausstrahlungskraft auf die aktuellen Verfassungsdebatten in den Transformationsländern des Arabischen Frühlings, bei denen die Frage des Verhältnisses von Religion und Staat wichtig ist.
- Die Gewalt trägt zur Auswanderung autochthoner Christen aus dem Nahen Osten bei. Die zentrale Ursache hierfür ist allerdings die seit Jahrzehnten währende sozioökonomische Krise in der arabischen Welt. Christen haben unter anderem aufgrund ihrer vergleichsweise hohen Bildung bessere Chancen, in westlichen Einwanderungsländern Aufnahme zu finden.
- Die häufig vertretene These vom „christlichen Exodus“ aus dem Nahen Osten blendet aus, dass es auch eine durch Arbeitsmigration in den Nahen Osten bedingte „christliche Genesis“ gibt.

Schlagwörter: Christen, Naher Osten, Religionsfreiheit, Islamismus, Arabischer Frühling

Gewaltopfer Christen

Christen im Nahen Osten sind in den letzten Jahren Opfer von teilweise exzessiver Gewalt vor allem im Irak, in Ägypten und in jüngster Zeit auch in Syrien geworden. Bei den Tätern handelt es sich meist um radikale Islamisten, die sich organisatorisch auf Terrorgruppen wie Al-Qaida und ideologisch auf den Salafismus berufen. Versuche, das Verhältnis der verschiedenen salafistischen Varianten zum Islam und anderen Religionen theologisch zu rekonstruieren, sind für die Analyse dieser Phänomene nur von begrenztem Nutzen. Dies gilt auch für Anstrengungen aus den Reihen der wissenschaftlichen Islamforschung, den Nachweis zu erbringen, dass bei einem richtig verstandenen Islam die Anhänger aller Religionen gedeihlich koexistieren könnten (vgl. Abu Munshar 2012). Die programmatisch-theologischen Bande zwischen dem gelehrten Salafismus und dem „salafistischen Jihadismus“ (Kepel 2002) sind schwach: Beim gelehrten Salafismus handelt es sich um eine quietistische Bewegung, die die aktive Verfolgung politischer Ziele – zumal mit Gewalt – ablehnt und vielmehr eine Art Selbstreinigung des Islam durch eine strikte, als wahrhaft islamisch begriffene Lebensführung der Muslime propagiert. Aus theologischer Perspektive handelt es sich beim Terminus „salafistischer Jihadismus“ gleichsam um ein Oxymoron, das aber die ideologische Ausrichtung der politischen Bewegung gut greifbar erscheinen lässt. Es ist zu betonen, dass das Gravitationszentrum des Denkens – sowohl des religiösen als auch des politisierten Salafismus – der Islam und seine Entwicklung und nicht seine Beziehung zum Christentum bildet. Ein im Westen angesichts der Terroranschläge vom 11. September 2001 und den Morden an Christen in der Region oft übersehener Ausdruck dessen ist, dass es sich bei den meisten Terroropfern radikaler Islamisten um Muslime handelt. Gleichzeitig herrscht gegenüber dem Christentum hoher Interpretationsspielraum: So gesteht die ägyptische salafistische Partei Al-Nour, die eine strikte Ausrichtung des ägyptischen Staates an der Scharia fordert, den koptischen Christen in ihrem Programm zwar keine volle Gleichberechtigung, aber freie Religionsausübung sowie ein eigenes Personenstandsrecht zu.¹ Auch wird in der Regel versucht, Gewaltexzesse nicht mit antichristlicher

1 Siehe *BBC News Middle East* (2011), Profile of Egypt's Political Parties, online: <www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-15899539> (5. November 2012).

Religiosität, sondern mit vermeintlichen Verstößen von Christen gegen geltendes Recht zu legitimieren –, angefangen von Vorwürfen, gegen Bauvorschriften verstoßen zu haben,² bis hin zu mutmaßlicher Freiheitsberaubung, um die Konversion von Christen zum Islam zu verhindern.³ Nicht selten werden Begründungen ohnehin nur nachgeschoben: Verstärkt seit den politischen Umbrüchen des Arabischen Frühlings gibt es vor allem in Ägypten sozial entwurzelte Gruppen, die von selbsternannten politischen Führern mit diffusen ideologischen Versatzstücken mobilisiert werden können, um als „Mob“ Gewalttaten durchzuführen.

Der soziopolitische Nährboden von Gewalt gegen Christen

Wenn Gewalt gegen Christen im Nahen Osten kaum als religiöser Ausdruck antichristlicher Ressentiments begriffen werden kann, erhebt sich die Frage, worin dann der soziopolitische Nährboden für dieses Phänomen besteht. Die Antwort erfordert einen Blick auf die – bis zum Arabischen Frühling – flächendeckend autoritären Staaten der arabischen Welt und ihre Instrumentalisierung der Konfessionen sowie deren Beziehungen zueinander für die Herrschaftssicherung.

In den meisten Staaten des Nahen Ostens, in denen autochthone Christen eine starke Tradition aufweisen – so im Irak unter Saddam Hussain, in Syrien unter Baschar al-Assad und in Jordanien – haben sich Christen in doppelter Hinsicht als privilegierte Minderheiten positioniert. Zum einen sind sie insbesondere aufgrund ihrer oftmals hohen formalen Bildung stark überproportional in den oberen modernen Mittelschichten vertreten und repräsentieren damit Gewinner einer in der arabischen Welt als westlich dominiert wahrgenommenen Globalisierung. Auch wenn zu betonen ist, dass die muslimischen Gesellschaften in der überwiegenden Mehrheit die autochthonen Christen respektieren, lässt sich diese Konstellation bei Teilen der nahöstlichen Gesellschaften für eine pauschal gegen Christen gerichtete Politisierung instrumentalisieren.

2 Siehe *ahramonline* (2011), Trigger for Copts' Anger: El-Marina Church as a Model, online: <<http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/23839/Egypt/Politics-/Trigger-for-Copts-anger-Chronicles-of-a-church-bur.aspx>> (5. November 2012).

3 Siehe *The New York Times* (2011), Muslim and Coptic Christians Clash Again in Egypt, online: <www.nytimes.com/2011/05/16/world/middleeast/16egypt.html?ref=middleeast&_r=0>. (5. November 2012).

Verstärkt wird dies noch dadurch, dass Christen aufgrund ihrer höheren Bildung sowie der historisch seit der imperialen Durchdringung des Nahen Ostens durch Europa im 19. Jahrhundert gewachsenen Beziehungen häufig intensivere Kontakte zum Westen haben als Muslime. Vor dem Hintergrund der auch im Nahen Osten populären These vom „Kampf der Kulturen“ (Huntington 1996) bietet dies radikal-islamistischen Gruppen Spielraum zur Entwicklung von Verschwörungstheorien, bei denen Christen im Nahen Osten ungeachtet ihrer jahrhundertelangen Verwurzelung in der Region als Brückenköpfe des Westens erscheinen.

Zum anderen haben die autoritären Regime die institutionellen Vertretungen der Christen – die diversen orientalischen Kirchen – an sich gebunden, indem sie ihnen auf der Basis eines beschränkten Konzepts von Religionsfreiheit Privilegien gewährten, die ihnen in Europa im Zuge der Säkularisierung längst entzogen worden sind. Im arabischen Nahen Osten ist Religionsfreiheit weitgehend auf freie Religionsausübung beschränkt, umfasst also nicht das in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen dargelegte Freiheitsrecht, seine Religion zu wechseln oder sich auch dafür zu entscheiden, keiner Religion anzugehören. Nach ihrer Unabhängigkeit haben sich die arabischen Staaten Verfassungen gegeben, die der Scharia eine mehr oder minder große und klar umrissene Rolle in den Rechtssystemen zuwies. Insbesondere wurde das Personenstandsrecht, das Ehe-, Scheidungs- und Erbrecht umfasst, zu einer Prerogative islamischer Gelehrter. Gleichzeitig wurde unter Rückgriff auf das osmanische Millet-System den Vertretern anerkannter Religionsgemeinschaften – zu denen das Christentum als abrahamitische Religion selbstverständlich gehört – Autonomie beim Personenstandsrecht gewährt. Zwar existiert keine vollständige Gleichstellung der Religionen: So führt die verfassungsrechtliche Hervorhebung der Scharia zu Privilegien für Muslime, wie etwa das passive Wahlrecht für einige hohe politische Ämter, und es ist gängige Praxis, Konversionen von Christen zum Islam zu akzeptieren, während die Offizialisierung des umgekehrten Falles aufgrund des Apostasie-Verbotes in der islamischen Rechtsprechung faktisch meist ausgeschlossen ist. Die Einbettung in die islamische Kultur einer fehlenden missionarischen Tradition gewährt den Kirchen aber hohe Macht über ihre Mitglieder, beispielsweise beim Scheidungsrecht, derer sich ein Christ

kaum entziehen kann, weil es keine systemischen Optionen auf zivilrechtliche Alternativen gibt. Dies beinhaltet auch, dass – unabhängig vom Grad der Religiosität – in der Regel Christ bleibt, wer als solcher geboren wird.

Diese Privilegierung des Christentums konstituiert enge Beziehungen zwischen den autoritären Staatseliten und den Kirchen – und dies ist aufgrund der im Vergleich zum sunnitischen Islam sehr viel höher ausgeprägten institutionalisierten Hierarchie der Kirchen auch weithin sichtbar. Im Fall des Kollapses des Regimes, wie im Irak 2003, oder einer tiefgreifenden Legitimationskrise mit Verlust des Gewaltmonopols, wie in Syrien im Arabischen Frühling 2012, eröffnet dies radikalen Islamisten die Möglichkeit, Kirchen und Christen als „Kollaborateure“ des Regimes zu brandmarken – mit dem aus ihrer Sicht funktionalen Nebeneffekt, die Regime als „unislamisch“ präsentieren zu können. Gleichzeitig verführt die Furcht vor „islamistischer Rache“ viele Kirchenvertreter und Christen dazu, an einem Regime wie zum Beispiel jenem von Assad in Syrien – ungeachtet seines repressiven Charakters – festzuhalten. Es wird antizipiert, dass die Alternative kein demokratisches, sondern ein islamistisches Regime wäre, das ihnen das Recht auf freie Religionsausübung verweigern würde. Für ein anderes Negativszenario für die syrischen Christen steht der Irak nach dem Fall Saddam Husains Pate. Hier konnte sich gegen religiöse Gruppen wie Schiiten und Christen gerichtete Gewalt entfalten, weil sowohl das Besatzungsregime als auch der neugeformte irakische Staat unfähig waren, ein Gewaltmonopol zu reinstallieren.

In Ägypten sind Kopten, die sehr viel stärker als in Jordanien oder Syrien in allen sozialen Schichten vertreten sind und also nicht qua hoher Bildung als mehrheitlich sozial privilegiertes Segment der Gesellschaft begriffen werden können, bereits seit Jahrzehnten einer deutlichen Politisierung hinsichtlich ihrer Rolle in Politik und Gesellschaft ausgesetzt. An der Debatte über ihre gesellschaftliche Rolle nehmen die Kopten selbst aktiv teil. Unter der Herrschaft Hosni Mubaraks wurden sie aber zusehends zum Spielball der Auseinandersetzungen um die politische Macht zwischen islamistischer Opposition und einem Regime, das sich im Rahmen einer Divide-et-Impera-Strategie zum einen als Hüter der Rechte der Kopten gebärdete, zum anderen aber auch selbst diskriminierend gegen sie agierte (Sedra 1999). Mubaraks Regime scheute auch nicht davor zurück, selbst Gewalt gegen Christen

zu schüren. Insofern ist das Blutbad, das die ägyptische Polizei – diese bildet im Ägypten des Arabischen Frühlings ein Bollwerk der Kräfte des alten Regimes – gegen überwiegend koptische Demonstranten im Oktober 2011 vor dem Maspero-Gebäude in Kairo anrichtete, exzessiver Ausdruck einer bereits vor dem Arabischen Frühling angelegten Politik „von oben“. Insbesondere in Ägypten greift also das häufig vermittelte Bild einer rein gesellschaftlich verankerten Dichotomie zwischen durch den Arabischen Frühling gestärkten Islamisten und sie bedrohender Christen viel zu kurz.

Arabischer Frühling und Christen im Nahen Osten

Die „von unten“ erzwungene Abdankung ehemals als omnipotent erscheinender Herrscher hat in einigen Ländern des Nahen Ostens einen tiefgreifenden politischen Wandel eingeleitet, und erstmals in der Geschichte besteht eine Chance, dass auch in dieser Weltregion autoritäre Regime durch Demokratien abgelöst werden. Allerdings sind solche Transformationsprozesse normalerweise nicht nur sehr langwierig, sondern sie durchlaufen notorisch auch Phasen von Rückschlägen und führen keineswegs automatisch zu Demokratien. Die Fälle Ost- und Südosteuropa, die in Europa oft als Messlatte herangezogen werden, bilden hier Ausnahmen, die sich vor allem durch das Wirken von Faktoren erklären, die in der arabischen Welt nicht gegeben sind: die Beitrittsperspektive zur Europäischen Union und eine vergleichsweise hohe Bereitschaft internationalen Kapitals zu Direktinvestitionen. Rückschläge in Transformationsprozessen sind deshalb notorisch, weil sich nach dem Aufbruch der autoritären Regime die Chancen auf Partizipation abrupt erhöhen, während demokratische Institutionen, die Rechtstaatlichkeit allgemein sowie ein in Rechtstaatlichkeit eingebettetes staatliches Gewaltmonopol im Besonderen sichern, noch nicht konsolidiert sind. Darüber hinaus mussten die alten autoritären Eliten im Nahen Osten zwar teilweise ihre Führer opfern und bei den anschließenden Wahlen Niederlagen einstecken; dennoch dominieren sie oft weiterhin zentrale Sektoren im Staatsapparat, in Ägypten vor allem die Sicherheitsapparate, aber auch die Justiz. Gleichzeitig wurden die Wahlen nach Beginn des Arabischen Frühlings von islamistischen Kräften gewonnen, deren Treue zu demokratischen Prinzipien nicht als konsolidiert anzusehen ist.

Potentiell ergeben sich aus diesen Rahmenbedingungen Chancen und Probleme: In akademischen und intellektuellen Kreisen werden in der aktuellen Umbruchsituation auch Staatsbürgerschaftskonzepte diskutiert, die auf der Idee beruhen, dass Religion im Rechtssystem ebensowenig eine Rolle spielen sollte wie die Religionszugehörigkeit des Individuums für seine Stellung im Staat (Daou 2012: 23-28). Im Libanon gab es in der Vergangenheit mehrere zivilgesellschaftliche Bewegungen, die für ein solches Modell eintraten, jedoch allesamt scheiterten – nicht zuletzt auch am Widerstand christlicher Eliten. Angesichts der starken Rolle, die islamistische Akteure in Folge erster demokratischer Wahlen in den arabischen Transformationsländern errangen, stehen die Chancen auf baldige Umsetzung eines solchen Modells weiterhin schlecht. Allerdings ist auch fraglich, ob die Mehrheit der Christen – und vor allem die Kirchen – im Nahen Osten im Fall besserer Rahmenbedingungen tatsächlich für ein solches Modell eintreten würden, weil es auch ihnen den Verzicht auf verbürgte Privilegien abverlangen würde.

Ähnliches gilt für die Durchsetzung vollständiger Religionsfreiheit im Nahen Osten. Auch hier ist nicht nur das Interesse der Islamisten und muslimischer Organisationen, sondern zudem jenes der Christen und Kirchen fraglich. Zwar haben sich in der Sonderversammlung der Bischofssynode zum Nahen Osten im Jahr 2010 auch Stimmen gemeldet, die das christliche Missionsgebot umsetzen möchten. Insgesamt aber ist die orientalische Tradition, derzufolge Religion unwiderruflich qua Geburt zugewiesen wird, bei Christen wie Muslimen im Nahen Osten tief verankert. Dies schlägt sich auch insofern im Nachsynodalen Apostolischen Schreiben von Papst Benedikt XVI. nieder, als hier sehr viel stärker auf den Dialog der abrahamitischen Religionen miteinander und die Vorzüge einer „gesunden Laizität“ abgehoben wird als etwa auf Neuevangelisierung, die der Papst im Nahen Osten (im Unterschied etwa zum subsaharischen Afrika) weitgehend auf den Aufruf an die Christen zur Erneuerung ihres Glaubens durch die Begegnung mit Christus eingrenzt.⁴

Zudem zeigt ein Blick auf Europa, dass sich die umfassende Umsetzung des Menschenrechtes auf Religionsfreiheit vor allem dem Rechtsstaatsprinzip verdankt, denn dessen gesellschaftliche

⁴ Siehe die *Nachsynodalen Apostolischen Schreiben „Ecclesia in Medio Oriente“* (2012) und *„Africae munus“* (2011), online: <www.vatican.va> (5. November 2012).

Verankerung ist auch in Teilen Europas, insbesondere in Deutschland, schwach. Dies belegt eine vom Exzellenzcluster „Religion und Politik“ an der Universität Münster 2010 veröffentlichte Erhebung: Wenn es vor dem Hintergrund des Menschenrechtes auf Religionsfreiheit auf die Frage, ob alle Religionen gleiche Rechte haben sollten, nur eine Antwort gibt, so haben sich in dieser Umfrage die Hälfte aller Deutschen für die andere entschieden.⁵ Mit Blick auf diesen Vergleichsmaßstab kann es nicht überraschen, dass in der aktuellen religionspolitischen Debatte im Nahen Osten, die nicht im Kontext etablierter rechtstaatlicher Prinzipien ausgetragen wird, die Chancen auf eine Umsetzung von Religionsfreiheit im Sinn der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen gering sind.

Allerdings ist die Gefahr, dass es im Nahen Osten zur Errichtung von „Gottesstaaten“ kommt, weniger groß, als dies gelegentlich dargestellt wird. Erstens gibt es bisher keine starken Belege dafür, dass die islamistischen Akteure, die in den früheren Regimen für eine Demokratisierung eintraten und sich nach den Umbrüchen demokratischen Wahlen stellten, allesamt radikale Wölfe im moderaten Schafspelz sind. Zweitens handelt es sich beim Arabischen Frühling nicht um „Islamische Revolutionen“, die es den Islamisten (wie im Rahmen der Iranischen Revolution 1979) erlauben würden, den Staatsapparat komplett zu kontrollieren. Deshalb ist es eher unwahrscheinlich, dass der Staat den Christen das Recht auf freie Religionsausübung verweigern wird.

Sehr viel wahrscheinlicher ist, dass es in den Hochburgen der Islamisten, getragen von zivilgesellschaftlichen Gruppen „von unten“ und gefördert von islamistischen Funktionären „von oben“ zu sozialem Druck hinsichtlich der Befolgung als islamisch apostrophierter Werte im Alltagsleben kommen wird. Dies würde Christen (wie Muslime mit einem vom Islamismus abweichenden Verständnis ihrer Religion) – wie teilweise bereits in den früheren Regimen – insofern in ihrer Entfaltung massiv einschränken, als „freizügiges“ Auftreten von Frauen oder auch öffentlicher Alkoholkonsum tabuisiert würden. Weiterhin könnte es bei nicht auf Rechtsstaatlichkeit basierenden, defizitären staatlichen Gewaltmonopolen auf absehbare Zeit Gewalt gegen Christen geben, die nicht

geahndet und mitunter sogar von staatlichen Stellen geschürt würde.

Libanon: Verfehlte Chance auf ein Modell

Der Libanon zeichnet sich nicht nur als das arabisches Land mit dem mit Abstand höchsten relativen Anteil an Christen aus, sondern ist auch dadurch gekennzeichnet, dass christliche Eliten über Jahrzehnte die Politik dominierten und – trotz ihrer Schwächung im Zuge des libanesischen Bürgerkrieges (1975-1990) – bis zum heutigen Tag zentrale Spieler im politischen System sind. So ist es ausschließlich den Christen gelungen, sich dauerhaft in beiden politischen Lagern – den Allianzen des 8. März und des 14. März – prominent zu positionieren: Während Michel Aoun's Free Patriotic Movement eine Koalition mit der schiitischen Hisbollah bildet, sind Samir Geageas' Lebanese Forces und Amin Gemayel's Kataib (Phalangisten) eine Allianz mit der sunnitischen Freiheitspartei (Mustaqbal) eingegangen.

Das maßgeblich von Christen geprägte politische System hat die Herausbildung einer hochgradig pluralistischen Zivilgesellschaft ermöglicht, die – zumindest bis zum Arabischen Frühling – ihresgleichen in der arabischen Welt sucht. Staat und Politik sind aber stark von einem Elitenkartell geprägt, das auf einem filigran organisierten Proporzsystem entlang konfessionell definierter Segmente der Gesellschaft ruht. Dieses System verteilt Lebenschancen – angefangen von Karrieremöglichkeiten im Staatsapparat bis hin zum Empfang von Sozialleistungen – nach qua Geburt zugeschriebener Religionszugehörigkeit. Das System hat sich darüber hinaus insofern als unflexibel erwiesen, als es im Zuge von Bevölkerungsverschiebungen entstandene soziale Spannungen zwischen den Religionsgemeinschaften nicht zu lösen vermochte. Außerdem verhinderten stark exklusivistische Züge die Integration sunnitischer palästinensischer Flüchtlinge, die im Libanon ungleich höherer sozialer Diskriminierung ausgesetzt sind als in anderen arabischen Ländern.

Die christlichen Parteien sind ebenso elitär und von einem Mangel an innerparteilicher Demokratie gekennzeichnet wie jene anderer Konfessionen. Ihre aus demokratischer Perspektive problematischen Gründungsgeschichten und Beteiligungen an Kriegsverbrechen sind weitgehend unaufgearbeitet. So wahrt die Kataib ein völlig unkritisches Verhältnis zu Parteigründer Pierre Gemayal, der sich von seiner Teilnahme als Kapitän der

⁵ Pollack, Detlef (2012), *Deutsche sind viel weniger tolerant gegenüber Muslimen*, online: <www.uni-muenster.de/Religion-und-Politik/aktuelles/2010/dez/PM_Studie_Religioese_Vielfalt_in_Europa.html> (5. November 2012).

libanesischen Fussballmannschaft bei den Olympischen Spielen in Berlin 1936 von der dort herrschenden Disziplin zur Etablierung der Partei inspirieren ließ. Samir Geageas politisches Denken ist von einem christlichen Fundamentalismus geprägt, dessen oberstes Ziel, wie er es in einem Interview 1983 ausdrückte, darin besteht, die Passage des Paternoster „Dein Reich komme, wie im Himmel so auf Erden“ zu realisieren (Hage 1992: 43). Der Umstand, dass er als einziger Milizionär für seine Kriegsverbrechen verurteilt worden war, wurde von der Partei selbst noch nach seiner Amnestierung genutzt, um ihn zum Märtyrer zu stilisieren, während eine an demokratischen Werten orientierte Vergangenheitsbewältigung unterblieb. Die christlichen Parteien des Libanon sind nicht christdemokratisch im europäischen Sinn, sondern agieren als national-elitäre Interessenvertretungen der Christen. In vielen Bereichen – so etwa der Frage der Beseitigung wenigstens einiger Aspekte der Diskriminierung gegenüber den palästinensischen Flüchtlingen – positionieren sie sich extrem nationalistisch-konservativ. Zu einer positiven Ausstrahlung des christlich geprägten Libanon im Sinn von Impulsen für die Debatten über die politischen Neuformierungen im Zuge des Arabischen Frühlings konnte es somit nicht kommen.

Auswanderung von Christen als Resultat der sozioökonomischen und politischen Krise

Das Thema des „christlichen Exodus“ wird häufig in Zusammenhang mit den wiederkehrenden Gewaltaktionen, denen Christen im Nahen Osten ausgesetzt sind, in Verbindung gebracht. Sehr vieles spricht in der Tat für einen kausalen Zusammenhang zwischen Gewalt, Flucht und Auswanderung – sei es bedingt durch Bürgerkriege (wie im Libanon und aktuell in Syrien), mangelnden Schutz durch den Staat aufgrund eines defizitären staatlichen Gewaltmonopols, wie im Irak, oder auch durch staatliche Politiken, die aus herrschaftsstrategischen Gründen mitunter Gewalt gegen Christen schüren, wie teilweise in Ägypten. Allerdings tut ein umfassenderes Verständnis der Zusammenhänge Not. Zum ersten trifft im Nahen Osten religiös verbrämte islamistische Gewalt vor allem Muslime: Schiiten im Irak und anderswo, Alawiten im Rahmen des syrischen Bürgerkrieges und allgemein auch Sunniten, deren Lebensführung als „unislamisch“ gebrandmarkt wird. Zum zweiten nehmen

die Gemeinden autochthoner Christen im gesamten Nahen Osten seit Jahrzehnten ab – auch in jenen autoritären Systemen, die zwar in mehr oder minder starker Form Gewalt im Sinne politischer Repression ausüben, aber einer antichristlichen Ausrichtung unverdächtig sind: Jordanien, Syrien und das israelische Besatzungsregime in den palästinensischen Gebieten. Hier und anderswo im Nahen Osten sind seit Jahrzehnten weit überproportional viele Christen abgewandert, weil sie – im Vergleich zu Muslimen – über sehr viel bessere Optionen verfügen, der perspektivlosen sozioökonomischen und politischen Entwicklung durch Aufnahme in westliche Einwanderungsgesellschaften zu entkommen. Dies liegt zum einen in eigenen Fähigkeiten und Ressourcen begründet: Christen sind überdurchschnittlich gut ausgebildet, und aufgrund der langen Tradition der Auswanderung von Christen sind sie weltweit sehr gut vernetzt. Zum anderen reagieren viele westliche Politiker auf christliche Flüchtlinge aus Gründen der religiösen Nähe responsiver (Beck und Collet 2010).

Christliche Auswanderung – und Einwanderung in den Nahen Osten

Die These vom „christlichen Exodus“ aus dem Nahen Osten blendet aus, dass es auch eine „christliche Genesis“ in den Nahen Osten gibt. Sowohl die Auswanderung als auch die Einwanderung sind wesentlich sozioökonomisch motiviert. In bestimmten Servicebereichen wie Kinderbetreuung und Haushaltshilfe sind staatliche Angebote im Nahen Osten unterentwickelt und können privat von der Nachfrageseite, den (gehobenen) Mittelschichten, aus kulturellen und finanziellen Gründen nicht durch lokale Anbieter gedeckt werden. Dies hat eine Arbeitsmigration aus Ostasien sowie dem subsaharischen Afrika befördert, die in den genannten Bereichen häufig von christlichen Frauen getragen wird. In den Ländern mit einer Tradition autochthoner Christen können diese ihren Glauben ausüben, sind aber aufgrund einer mangelhaften staatlichen Einwanderungspolitik und eines häufig defizitären Arbeitsrechts hoher Ausbeutung und nicht selten persönlichen Übergriffen ausgesetzt. In einigen arabischen Ländern ohne Tradition autochthoner Christen unterliegen christliche Arbeitsmigranten auch teilweise massiven Beschneidungen bei der Ausübung ihrer Religion. Im Christen-Verfolgungsindex von Open Doors

rangiert dementsprechend Saudi-Arabien als jenes arabische Land, in dem Christen am stärksten an ihrer Entfaltung gehindert werden.⁶

Drei politische Empfehlungen

Die beste Unterstützung für Christen im Nahen Osten besteht nicht in der Auflage spezieller Förderprojekte für christliche Gemeinschaften, sondern in der Unterstützung allgemeiner wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung insbesondere in den durch den Arabischen Frühling hervorgebrachten Transformationsländern. Eine solche Politik verspricht im Erfolgsfall, den jahrzehntelangen Trend der Abwanderung autochthoner Christen zumindest zu bremsen und die Entfaltungsmöglichkeiten christlicher Einwanderer zu stärken. Speziell auf Christen zielende Projekte bergen hingegen die Gefahr, dass der bei manchen Segmenten der islamischen Gesellschaften ohnehin bestehende Verdacht bestärkt wird, dass Christen „Brückenköpfe“ des Westens sind.

Die Förderung von Religionsfreiheit sollte sich auf jene Länder des Nahen Ostens konzentrieren, in denen das Recht auf freie Religionsausübung beschnitten wird. Für eine konsequente Durchsetzung des Rechts auf Religionsfreiheit einschließlich freien Religionswechsels zu kämpfen, erscheint zum heutigen Zeitpunkt im Nahen Osten hingegen wenig vielversprechend und möglicherweise sogar kontraproduktiv: Es gäbe selbst unter den Christen und Kirchen im Nahen Osten kaum Verbündete, und viele der gegenüber dem Westen prinzipiell offenen Muslime – von Islamisten ganz zu schweigen – würden dies als Versuch eines aggressiven Kulturkampfes deuten.⁷

Da aktiv gelebtes Christentum im Nahen Osten zunehmend von asiatischen und afrikanischen Wanderarbeiterinnen getragen wird, die bei der Entfaltung ihrer sozialen Rechte und teilweise ihres Rechtes auf freie Religionsausübung starken Restriktionen unterworfen sind, drängt sich eine aktive Förderung dieser Segmente für eine wertebasierte deutsche Außenpolitik auf: Programmatisch könnte sich diese auf die Werte der verschiedenen deutschen politischen Parteien im Sinn einer von Rot mit getragenen Jamaikakoalition stützen.

Literatur

- Abu-Munshar, Maher Y. (2012), In the Shadow of the „Arab Spring“. The Fate of Non-Muslims under Islamist Rule, in: *Islam and Christian-Muslim Relations*, 23, 4, 487-503.
- Beck, Martin, und Léa Collet (2010), Über die Politik Syriens und die Lage seiner christlichen Minderheit, in: *KAS Auslandsinformationen*, 26, 12, 76-92, online: <www.kas.de/wf/doc/kas_21410-1522-1-30.pdf?101209125600> (5. November 2012).
- Daou, Fadi (2012), The Arab Uprisings and the New Challenges for National Social Cohesion and Arab-West Relations, in: Nayla Tabbara (Hrsg.), *What About the Other? A Question for Cross-Cultural Education in the 21st Century*, Louaize: Notre Dame University, 19-31.
- Hage, Ghassan (1992), Religious Fundamentalism as a Religious Strategy. The Evolution of the Lebanese Forces' Religious Discourse during the Lebanese Civil War, in: *Critique of Anthropology*, 12, 1, 27-45.
- Huntington, Samuel P. (1996): *Der Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München: Europaverlag.
- Kepel, Gilles (2002), *Jihad. The Trail of Political Islam*, London: I.B. Tauris.
- Reifeld, Helmut (2011), *Im Plenum kompakt. Religionsfreiheit als Schwerpunkt deutscher Menschenrechtspolitik. Expertengespräch im Deutschen Bundestag am 11. Mai 2011*, Sankt Augustin und Berlin: KAS, online: <www.kas.de/wf/doc/kas_23204-544-1-30.pdf?110630154650> (5. November 2012).
- Sedra, Paul (1999), Class Cleavages and Ethnic Conflict. Coptic Christian Communities in Modern Egyptian Politics, in: *Islam and Christian-Muslim Relations*, 10, 2, 219-235.

⁶ Open Doors (2012), *World Watch List*, online: <[www.world-watchlist.us/?utm_source=opendoorsusa.org&utm_medium=referral&utm_campaign=\(none\)](http://www.world-watchlist.us/?utm_source=opendoorsusa.org&utm_medium=referral&utm_campaign=(none))> (5. November 2012).

⁷ Siehe hierzu die vom Autor bei einem Expertengespräch im Deutschen Bundestag vertretene Position (Reifeld 2011).

■ Der Autor

Prof. Dr. Martin Beck hat seit August 2012 einen Lehrstuhl für gegenwartsbezogene Nahost-Studien an der University of Southern Denmark in Odense inne und ist zugleich Associate Research Fellow am GIGA Institut für Nahost-Studien. Zuvor leitete er seit Januar 2010 das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Amman, wo er unter anderem für den christlich-muslimischen Dialog in Jordanien, dem Libanon, dem Irak und Syrien zuständig war. Aktuell forscht Martin Beck primär zum Arabischen Frühling. E-Mail: <mbeck@sdu.dk>, <martin.beck@giga-hamburg.de>; Website: <www.sdu.dk/staff/mbeck>, <http://staff.en.giga-hamburg.de/beck>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ politische Transformationsprozesse sowie das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend analysiert. Forschungen zur politischen Relevanz von Konfessionen und hierbei speziell zur Machtteilung in multiethnischen Gesellschaften werden am GIGA im Rahmen des Forschungsteams „Religion, Konflikt und Politik“ innerhalb des Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit“ durchgeführt.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Iskander, Elizabeth (2012), *Sectarian Conflict in Egypt: Coptic media, identity and representation*, London: Routledge.

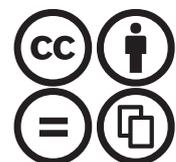
Ranko, Annette (2012), *Wahlsieg der Islamisten in Ägypten: Der Aufstieg der Muslimbrüder und der Salafisten*, GIGA Focus Nahost, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2011), *Religionsgemeinschaften als Verfassungssubjekte: Libanon als Modell für Nahost?*, GIGA Focus Nahost, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2012), *Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime*, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes
Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM